

Zur Entwicklung des Kinderwunsches bei Jungverheirateten im ersten und zweiten Ehejahr: Ehe-Intervallstudie I. u. II. Etappe ; Ergänzung zum Teilbericht "Einige Bedingungen und Tendenzen zum Kinderwunsch Jungverheirateter im Zusammenhang mit sozialpolitischen Maßnahmen von Partei, Regierung und FDGB" (Teilbericht zum ZFP-Projekt 08.01)

Pinther, Arnold

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pinther, A. (1977). *Zur Entwicklung des Kinderwunsches bei Jungverheirateten im ersten und zweiten Ehejahr: Ehe-Intervallstudie I. u. II. Etappe ; Ergänzung zum Teilbericht "Einige Bedingungen und Tendenzen zum Kinderwunsch Jungverheirateter im Zusammenhang mit sozialpolitischen Maßnahmen von Partei, Regierung und FDGB" (Teilbericht zum ZFP-Projekt 08.01)*. Leipzig: Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-378794>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Reg. 520a

geliefert 25.11.1984 Jn.

Nur für den Dienstgebrauch

Zur Entwicklung des Kinderwunsches bei
Jungverheirateten im ersten und zweiten
Ehejahr

- Ehe-Intervallstudie I. u. II. Stufe -

(Ergänzung zum Teilbericht:

"Einige Bedingungen und Tendenzen zum Kinder-
wunsch Jungverheirateter im Zusammenhang mit
sozialpolitischen Maßnahmen von Partei,
Regierung und FDGB"

- Teilbericht zum ZEF-Projekt 03.01 -

- VD 19/77/1.-43. -)

Population:

I. Stufe: 1000

II. Stufe: 600

verheiratete Männer und Frauen
im ersten bzw. zweiten Ehejahr

Verfasser: Dr. sc. Arnold Finther

Leipzig, Dezember 1977

I. Allgemeine Betrachtung der demografischen Entwicklung¹⁾

Der in den letzten Jahren zu verzeichnende deutliche Geburtenanstieg hat die negative Bevölkerungsbilanz erheblich gemindert. Die am 27. 5. 1976 beschlossenen sozialpolitischen Maßnahmen haben sich erstmals im 1. Halbjahr 1977 auf den Geburtenstand deutlich ausgewirkt. Eine Geburtensteigerung von 13'500 wurde für dieses Halbjahr registriert. Damit ist eine Steigerungsziffer erreicht, die 1976 im gesamten Jahr ausgewiesen wurde (13'700).

Mit einer Gesamt-Geburtenzahl von rund 220'000 - 225'000 kann bis Jahresende 1977 gerechnet werden.

Mit einer maximalen Wirksamkeit der sozialpolitischen Maßnahmen auf das Fruchtbarkeitsniveau ist - auf Grund von Erfahrungen aus der CSSR und Ungarn - etwa zwischen dem 3. - 6. Jahr nach ihrem Inkrafttreten zu rechnen.

Gegenwärtig ist jedoch trotz dieses Anstieges das Geburtendefizit in der DDR noch nicht ausgeglichen.

Zwar lag die Summe der altersspezifischen Fruchtbarkeitskennziffer (= Geborene auf 1000 Frauen im gebärfähigen Alter) 1976 schon bei 1637, was eine Steigerung von 60/1000 ausmacht, doch müßte erst eine Fruchtbarkeitsziffer von etwa 2100 erreicht werden, um die einfache Bevölkerungsreproduktion zu gewährleisten. Hätte also jede Frau im gebärfähigen Alter (14 - 45 J.) durchschnittlich 2,1 Kinder, dann erst würde eine Elterngeneration durch die andere ersetzt.

Bei der Betrachtung dieser Voraussetzung muß aber davon ausgegangen werden, daß

- a) nicht jedes Ehepaar, das Kinder wünscht, auch welche bekommt (Sterilitätsfälle liegen nach Angaben von Mehlan u. a. zwischen 5 - 15 %).

¹⁾ Beim Abfassen dieses Abschnittes stützte ich mich auf eine Ausarbeitung von K. Lungwitz: Tendenzen der Geburten- und Fruchtbarkeitsentwicklung in der DDR (Manuskript (NfD), unveröffentl., 1977)

- b) die Zahl lediger im sog. "Heiratsalter" in den letzten Jahren erheblich angewachsen ist,

- so stieg bei Männern der Altersgruppe 18 bis unter 30 Jahre der Anteil der Ledigen von 44,4 % 1964 auf 55,3 % 1975;
bei Frauen von 28,6 % 1964 auf 35,7 % 1975 -

- c) mit dem Hinausschieben des durch b) verursachten Eheschließungsalters zugleich die aktivste Reproduktionsphase im Leben der Frau verkürzt wird, das Maximum an Fertilität weit überschritten wird und der Mehrkinderfamilie entgegenwirkt,
- d) die durchschnittliche Kinderzahl mit zunehmendem Bildungsniveau der Frauen abnimmt bzw. daß Frauen mit höherer Bildung später Kinder gebären als jene mit niedrigerem Abschluß;

Veränderungen in der Bildungsstruktur haben in der Vergangenheit zum Geburtenrückgang beigetragen. So betrug 1971 die Zahl der Kinder je 1000 Frauen

• ohne Berufsabschluß	1,81
• Facharbeiter/Meister	1,44
• Fachschulabschl.	1,28
• Hochschulabschl.	1,02

Das ist auch beim gegenwärtigen und künftigen Geburtengeschehen in Betracht zu ziehen;

- e) die Ehescheidungsentwicklung nicht ohne Auswirkung auf die Geburtensahlen bleibt. Bereits in gestörten, aber nicht geschiedenen Ehen zeigte sich, daß in diesen Fällen keine oder keine weiteren Kinder gewünscht werden (ZIJ, 1977).

Der eingangs konstatierte Geburtenzuwachs ist in erster Linie auf die Wirkung sozialpolitischer Maßnahmen zurückzuführen, in zweiter Linie auf die Bevölkerungsstrukturelle Veränderung. Hierbei muß das Anwachsen der im "Heiratsalter" befindlichen Population Jugendlicher berücksichtigt werden (die Vergrößerung der Zahl von Frauen im gebärfähigen Alter).²⁾

²⁾ Demgegenüber ist ein Rückgang der Kinder und Jugendlichen zu konstatieren. Der Anteil der 0 - 14 7/12 Jahre alten Bürger betrug am Gesamtanteil der Bevölkerung der DDR 1970 25,2 % Jungen und 20,5 % Mädchen; 1976 22,1 % Jungen und 18,4 % Mädchen.

Die Geburtenenerhöhung basiert nach bisherigen Erkenntnissen in der Hauptsache aus Erstkindern, dann aus Zweitkindern.

1965 waren 37,7 % der Geborenen Erstkinder.

1976 stieg dieser Anteil auf 58,7 %.

Der Anteil an Zweitkindern stieg im gleichen Zeitraum von 29,5 % auf 30,7 %.

Der Prozentsatz der als dritter oder weiterer Kinder Geborenen ging in dem o. a. Zeitraum von 32,8 % auf 10,6 % zurück.

Die abnehmende Bereitschaft zu mehr Kindern kommt auch in der Vergrößerung der Geburtenabstände zum Ausdruck. Durchschnittlich vergehen von der Heirat bis zur Geburt des ersten Kindes 1,6 Jahre, bis zur Geburt des 2. Kindes 4,8 Jahre, des dritten Kindes 7,7 Jahre. Das entspricht einem durchschnittlichen Geburtenabstand vom 1. zum 2. Kind von 3,2 Jahren, vom 2. zum 3. Kind von 2,9 Jahren, vom 1. zum 3. Kind von 6,1 Jahren.

Der Anteil der im ersten Ehejahr Geborenen verringerte sich von 1970 = 61,8 % auf 1975 = 56,2 %; dagegen wuchs die Zahl derer, die zwischen dem ersten und vierten Ehejahr zur Welt kamen von 1970 = 28,8 % auf 1975 = 36,5 %. Ein wachsender Teil der Ehepaare ist demnach länger als früher noch ohne Kind.

Gegenüber 1970 stieg der durchschnittliche Geburtenabstand folgendermaßen an:

	vom 1. zum 2. Kind	vom 2. zum 3. Kind	vom 1. zum 3. Kind
1970	4,4 J.	4,6 J.	9,0 J.
1975	4,3 J.	5,0 J.	9,3 J.

Aus der Tatsache, daß gegenwärtig die meisten Frauen in der Nähe des 30. Lebensjahres keine Kinder mehr wünschen, daß das durchschnittliche Heiratsalter der Frauen nicht gesunken ist (1975: 21,3 J.) und daß die Ehepartner bei Geburt dritter Kinder im Durchschnitt 8,2 Jahre verheiratet waren, muß geschlossen werden, daß Vier- und Mehrkinderfamilien in Zukunft noch geringer vorhanden sind.

Schließlich soll noch auf die Angleichung des Fruchtbarkeitsniveaus zwischen Stadt- und Landbevölkerung hingewiesen werden. Bei Frauen unter 21 Jahren bestehen in den letzten Jahren kaum noch Unterschiede. Dabei geht aber diese Angleichung zu Lasten des Fruchtbarkeitsniveaus.

1965 hatten 194 von 215 Kreisen der DDR einen Überschuß an Lebendgeborenen (davon waren 87 % Stadtkreise und 91 % Landkreise).

1975 hatten nur noch 24 von 219 Kreisen einen Lebendgeborenen-Überschuß (davon 39,3 % Stadtkreise und nur noch 6,8 % Landkreise).

II. Zum Kinderwunsch Jungverheirateter

=====

Wie aus den vorangegangenen Betrachtungen ersichtlich ist, betrifft die Geburtenrealisierung in der Mehrzahl Eheleute, die länger als 1 - 2 Jahre verheiratet sind.

In der Population, die unserer Untersuchung zugrunde liegt, hatten im ersten Ehejahr (1976) 43 % ein Kind, 4 % zwei Kinder. Vom ersten zum zweiten Ehejahr betrug der Zuwachs bei einem Kind 7 % auf nunmehr 50 %, bei zwei Kindern 1 % auf nunmehr 5 %.

Richtwerte der Familienplanung werden aber bereits viel früher, teilweise schon vor der Eheschließung, von den Partnern festgelegt. Wir bezeichnen diese als "ursprünglichen" Kinderwunsch. Damit hat bei Jungverheirateten der Kinderwunsch, nicht aber ihre gegenwärtige Kinderzahl als Orientierungswert größere Bedeutung.

Aus der Untersuchung bei 1000 jungen berufstätigen Ehepartnern, die 1976 (im ersten Ehejahr) befragt wurden, ergab sich folgende Kinderwunschhäufigkeit:

Tab. 1:

Kinderwunsch 1976 (erstes Ehejahr)

1	2	3	(2+3)	4	0	noch unklar
24	66	3	(69)	-	1	6

Demzufolge werden in nahezu jeder Ehe Kinder gewünscht. Doch ließ sich auch erkennen, daß nicht in jeder Ehe mit gesunden Ehepartnern die Zweikinderfamilie als bewußte Zielvorstellung gilt.

Durch die Wiederholungsbefragung im Jahr 1977 bei dem gleichen Personenkreis sollte herausgefunden werden, ob bezüglich des Kinderwunsches im Zeitraum vom 1. zum 2. Ehejahr eine Veränderung ihrer Einstellung zur gewünschten Familiengröße stattgefunden hatte (vgl. Tab. 2).

Tab. 2 :

Kinderwunsch 1977 (zweites Ehejahr)

1	2	3	(2+3)	4	0	noch unklar
27	66	2	(68)	-	1	3

Die Ergebnisse der 2. Etappe unterscheiden sich fast nicht von denen, die am Ehebeginn festgestellt wurden. Lediglich hat sich die Zahl der Einkindwünsche um 3 % erhöht bei gleichzeitiger Reduzierung der Unentschlossenen um 3 %.

Im Vergleich zu den vom ZIJ 1975 (PAW) und 1973 (Junge Ehe) sowie früher erhobenen Daten zum Kinderwunsch junger Verheirateter zeigen die neueren Ergebnisse, daß keine grundsätzliche Änderung des Kinderwunsches eingetreten ist.³⁾

³⁾ Zum Vergleich Daten verschiedener ZIJ-Untersuchungen:

Kinderwunsch Verheirateter

	1	2	3	(2+3)	4	0	noch unklar
1972 (JFS)	28	59	8	(67)	-	2	3
1973 (JFS)	39	60	3	(63)	-	3	1
1973 (Jg. Ehe)	32	64	2	(66)	-	1	1
1975 (PAW)	25	63	5	(68)	1	1	5

Vorstellungen über die künftige Familiengröße erweisen sich demnach als über längere Zeit hinweg relativ unveränderlich und an inoffiziellen Normen orientiert.

II.1. Wohnsituation und ursprünglicher Kinderwunsch

Als eine wichtige Vorbedingung für die Familienplanung bzw. für die Geburt von Kindern muß die Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Wohnsituation angesehen werden. In beiden Etappen unserer Untersuchung wurde ausreichender Wohnraum als erstrangiger Faktor zur Realisierung der Familienplanung bzw. für eine evtl. positive Veränderung des bisherigen Kinderwunsches betrachtet.

Im Zeitraum von 1976 zu 1977 haben sich, vor allem in Auswirkung der Sozialpolitik, die Wohnverhältnisse der jungen Ehepaare folgendermaßen positiv verändert:

Tab. 3: Veränderung der Wohnverhältnisse

	1976	1977
Es wohnen		
- als Hauptmieter	34	51
- als Teilhauptmieter bei den Eltern	37	27
- als Teilhauptmieter bei anderen Bürgern	9	12
noch ohne gemeinsame Wohnung	19	10

Demnach hat die Zahl derer mit eigenem Wohnbereich um 17 % zugenommen, bei den Eltern wohnen 10 % weniger als vor einem Jahr, und die Zahl derjenigen, welche noch ohne gemeinsame Wohnmöglichkeit sind, hat sich um nahezu die Hälfte verringert.

Zugleich mit der Verbesserung der Wohnsituation veränderten sich die Angaben über den Grad der Wohnzufriedenheit.

Im allgemeinen gilt: Die Wohnzufriedenheit steigt mit dem Erhalt eines eigenen Wohnbereichs. Wer dagegen keine gemeinsame Wohnmöglichkeit hat, ist auch nicht wohzufrieden. Wer als Hauptmieter wohnt, äußert viel häufiger seine Zufriedenheit als wer im Untermietverhältnis lebt (ca. 70 % : 25 %).

Tab. 4: Grad der Zufriedenheit mit der Wohnsituation

	1976	1977
Mit den eigenen Wohnverhältnissen		
- sehr zufrieden	15	22
- mit gewissen Einschränkungen zufrieden	22	29
	37	51
- kaum zufrieden	19	17
- überhaupt nicht zufrieden	43	32
	62	49

Die Bereitstellung von Wohnraum für junge Ehepaare hat demzufolge merklich dazu beigetragen, wesentliche Elemente der Lebensbedingungen junger Eheleute und der damit verbundenen Reflexion zu verbessern.

Eine Veränderung ihrer Familienplanung geht dennoch nicht gleichlaufend mit der Verbesserung der Wohnsituation einher. Wie bereits 1976 festgestellt wurde⁴⁾, so belegen auch die Ergebnisse, die ein Jahr darauf ermittelt wurden, daß eine bedürfnisgerechte Wohnsituation nicht zugleich den Vorsatz nach weiteren Kindern fördert.

Die neueren Daten bekräftigen außerdem die früher getroffene Feststellung, nach der der Kinderwunsch der mit den gegenwärtigen Wohnverhältnissen Unzufriedenen durchschnittlich etwas stärker entwickelt ist als der der Wohnzufriedenen (vgl. Tab. 5).

Tab. 5: Verhältnis von Wohnzufriedenheit und Kinderwunsch (Auszug) im 1. und 2. Ehejahr (Zahlen für das 2. Ehejahr in Klammer)

	<u>Kinderwunsch</u>	
	1	2
Mit den eigenen Wohnverhältnissen		
- sehr zufrieden	34 (29)	61 (63)
- mit Einschränkung zufr.	25 (31)	64 (62)
- kaum zufrieden	21 (20)	68 (77)
- gar nicht zufrieden	22 (28)	67 (66)

⁴⁾ Vgl. Teilbereich zum ZFP: Einfluß der Sozialpolitik

Auf Grund der Resultate muß vermutet werden, daß mit der aktuellen Verbesserung der Wohnsituation bzw. mit dem Erhalt einer eigenen Wohnung nicht unmittelbar auch ein Wunsch nach mehr Kindern hervorgerufen wird.

Betrachtet man die Anzahl der gewünschten Kinder als Ausgangswert, dann ergibt sich für die 1977 ermittelten Werte (2. Ehejahr),

- daß beim Wunsch nach einem Kind die Zahl der Wohnzufriedenen überwiegt (55 % : 45 %);
- in der Gruppe mit Zweikinderwunsch befinden sich Wohnzufriedene und -unzufriedene in nahezu gleichem Verhältnis (48 % : 52 %);
- Ehepartner mit dem Wunsch nach einer Dreikinderfamilie gab es 1977 nur 2 %, mit dem Wunsch nach kinderloser Ehe nur 1 %! Ein Vergleich zwischen Zufriedenheit mit der Wohnung und dem Kinderwunsch ist demnach hier nicht angebracht.

Insgesamt lassen die Verteilungswerte erkennen, daß der Wunsch nach Kindern nicht in einem linearen Zusammenhang mit der gestiegenen Wohnzufriedenheit steht.

III. Zur Auswirkung sozialpolitischer Maßnahmen auf den "ursprünglichen" Kinderwunsch

Ein Ziel des sozialpolitischen Programms besteht darin, die demografischen Prozesse und Strukturen zu beeinflussen, den Stellenwert des Bedürfnisses nach Kindern zu erhöhen bzw. dieses in Einklang mit den wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnissen zu bringen.

In Bezug auf das Reproduktionsverhalten der Jungverheirateten muß davon ausgegangen werden, daß die das Geburtsgeschehen beeinflussenden Faktoren mit Sicherheit nicht isoliert wirken, sondern daß sie ein System von Zusammenhängen und Wechselwirkungen sowohl biologischer wie auch sozialer (sozialpsychologischer) ebenso auch politisch-ideologischer Art und Weise bilden. Die biologische Seite wird durch hochwirksame, sichere Kontrazeptiva und deren bewußten Einsatz für die Familienplanung mitbestimmt.

Die soziale-sozialpsychologische Seite umfaßt vor allem Parameter der Partnerschaftlichkeit wie der Gleichberechtigung, ebenso der

Pfirsorge für die Gesundheit von Mutter und Kind; die materielle Seite bezieht sich insbesondere auf die Sicherstellung der jungen Ehe und Familie in jedweder Hinsicht (Einkommen, Zuschüsse, Kredite, Wohnraumbeschaffung u. a.), die das Geburtengeschehen positiv beeinflussen können; die politisch-ideologische Seite schließt die Art und Weise der Lebensplanung, die Frage nach dem Sinn von Ehe und Familie, die Reflexion der eigenen Lebenslage in bezug auf die Zukunft künftiger Familiengröße mit ein.

Wie die jungen Ehepartner die sozialpolitischen Maßnahmen in ihre Familienplanung einordnen, das wurde durch die Fragestellung eruiert, ob diese Maßnahmen zur Erhöhung ihres ursprünglichen Kinderwunsches führen werden (Tab. 6).

Tab. 6: Erweiterung des Kinderwunsches im Zusammenhang mit den sozialpolitischen Maßnahmen

Zu mehr Kindern als ursprünglich geplant waren/sind entschlossen				
die Ehepartner im				
	1. Ehejahr		2. Ehejahr	
bestimmt	6	} 23	5	} 19
wahrscheinlich	17		14	
wahrscheinlich nicht	39	} 63	48	} 72
keinesfalls	24		24	
darüber noch nicht nachgedacht	14		9	

Das Ergebnis zeigt:

- Gegenüber 1976, wo insgesamt knapp ein Viertel der jungen Eheleute über die ursprüngliche Familienplanung hinausgehen wollte, bestätigten im zweiten Ehejahr die gleichen Ehepartner nur noch zu knapp 20 % diesen Vorsatz. Inwieweit dieser leichte Rückgang auf bereits erzielte Geburten zurückgeführt werden muß, das konnte noch nicht bestimmt werden.
- Gegenüber 1976 wuchs der Anteil derjenigen an, die sich keine weiteren als die ursprünglich geplanten Kinder anschaffen würden, während die Zahl der noch nicht Entschlossenen sich verringerte.

Eine positive Veränderung der Einstellung zu einem weiteren Kind - im Zusammenhang mit sozialpolitischen Maßnahmen - konnte demzufolge im Zeitraum vom 1. zum 2. Ehejahr nicht nachgewiesen werden. Eher ist eine leichte Tendenz zur Reduzierung des zusätzlichen Kinderwunsches bei dem durch uns befragten Personenkreis festzustellen.

Die positive Beeinflussung des demografischen Verhaltens durch die o. a. Maßnahmen betrifft demnach nur den kleineren Teil der jungen Ehepartner bzw. wird so von diesem reflektiert.

Eine Bereitschaft zu mehr Kindern kann demzufolge nicht generell vorausgesetzt werden.

Der leichte Rückgang beim Vorsatz nach einem weiteren Kind könnte sich folgendermaßen deuten lassen:

Die Wirkung der sozialpolitischen Maßnahmen wird von manchen nicht mehr so deutlich als "Besonderheit" reflektiert, sie gewinnt damit eher "Gewöhnungscharakter", wird somit mehr in den Bereich der normalen Voraussetzungen für den ursprünglichen Kinderwunsch hineinverlagert.

III.1. Zur Wirkung der Wohnungszufriedenheit im Zusammenhang mit dem zusätzlichen Kinderwunsch

1976 ergab eine Korrelationsberechnung, daß sich unter denjenigen, die bestimmt ein Kind mehr haben wollten als ursprünglich geplant,

27 % sehr wohzufriedene und

33 % gar nicht wohzufriedene Ehepartner sich befanden.

Die Resultate von 1977 zeigten diesbezüglich

17 % sehr wohzufriedene und

17 % gar nicht wohzufriedene Ehepartner mit festem zusätzlichem Kinderwunsch.

Von jenen, die sich wahrscheinlich ein Kind mehr anschaffen würden, waren 1976

27 % sehr wohzufrieden und

33 % sehr unzufrieden mit ihrer Wohnsituation.

1977 betrugen die analogen Daten:

22 % sehr wohzufrieden,

33 % sehr unzufrieden mit der gegenwärtigen Wohnsituation.

Unter den Wohzufriedenen und den Unzufriedenen ist der Vorsatz, ein Kind mehr zu haben als ursprünglich geplant, auf seiten der Unzufriedenen etwas deutlicher ausgeprägt als auf seiten der Zufriedenen.

Geht man aus vom Grad der Wohzufriedenheit als Bezugspunkt für einen zusätzlichen Kinderwunsch, dann bieten sich folgende Vergleichsdaten an (vgl. Tab. 7):

Tab. 7: Wohzufriedenheit⁵⁾ und zusätzlicher Kinderwunsch (Auszug)

Wohzufriedenheit	Ein Kind mehr als ursprünglich geplant bestimmt	
	1. Ehejahr	2. Ehejahr
sehr zufrieden	11	4
gar nicht zufrieden	5	3
w a h r s c h e i n l i c h		
sehr zufrieden	18	15
gar nicht zufrieden	18	15

Die Vergleichsdaten beweisen: Der Wunsch nach einem weiteren Kind als ursprünglich geplant wird nicht primär von der Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Wohnsituation bestimmt. Zwar stellte sich heraus, daß die Wohzufriedenheit bei Partnern im ersten Ehejahr noch einen gewissen Einfluß auf eine positiv veränderte Familienplanung erwarten ließ, doch kann nach einem weiteren Ehejahr diese Bedingung nicht mehr als aussagefähiger Faktor für einen zusätzlichen Kinderwunsch angesehen werden.

5) sehr wohzufriedene	1976 (= 1. Ehejahr)	15 %
	1977 (= 2. Ehejahr)	22 %
sehr Unzufriedene	1976 (= 1. Ehejahr)	43 %
	1977 (= 2. Ehejahr)	32 %

Demzufolge ist auch nicht damit zu rechnen, daß die Bereitstellung von bedürfnisgerechtem Wohnraum bei den durch unsere Untersuchung repräsentierten Jungverheirateten überhaupt (bzw. automatisch) zu einer Veränderung ihrer Familienplanung führt.

III.2. Zur Wirkung der finanziellen Situation im Zusammenhang mit zusätzlichem Kinderwunsch

Die finanzielle Situation der jungen Eheleute hat sich vom 1. zum 2. Ehejahr positiv verändert (vgl. Tab. 8).

Tab. 8: Gemeinsames Nettoeinkommen im 1. und 2. Ehejahr (Auszug)

	E h e j a h r	
	1.	2.
600.- bis 700.- M	6	6
700.- bis 800.- M	8	9
800.- bis 1000.- M	25	23
1000.- bis 1200.- M	34	30
1200.- bis 1500.- M	19	25

Die Anteile im Einkommen von 1200.- bis 1500.- M sind zugunsten derjenigen von 800.- bis unter 1200.- M gewachsen.

Doch scheint auch die gegenwärtige finanzielle Lage als direkt stimulierender Faktor des Kinderwunsches im Sinne eines linearen Zusammenhanges zwischen Höhe des Einkommens und zusätzlichem Kinderwunsch viel weniger belangvoll zu sein als mitunter angenommen wird (vgl. Tab. 9).

Tab. 9: Gemeinsames Nettoeinkommen

	Ein Kind mehr als ursprünglich geplant (2. Ehejahr)	
	bestimmt	wahrscheinlich
600.- bis 700.- M	6	11
700.- bis 800.- M	9	21
800.- bis 1000.- M	4	19
1000.- bis 1200.- M	3	11
1200.- bis 1500.- M	6	12

Ein vom Gehalt abhängiger Vorsatz nach mehr Kindern als geplant ist, wie die Tabelle ausweist, nicht festzustellen. Sowohl geringeres wie auch höheres Familien-Nettoeinkommen stehen demnach nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Entschluß nach Erweiterung der Familienplanung. Demzufolge scheint das Familieneinkommen - für sich genommen - kein hinreichendes Kriterium für einen zusätzlichen Kinderwunsch zu sein.

Alle bisherigen Resultate lassen erkennen, daß die zum Zeitpunkt der Eheschließung vorhandene Einstellung zur künftigen Familiengröße relativ stabil ist und daß diese durch zusätzliche stimulierende Faktoren in der Tendenz positiv, jedoch nicht grundsätzlich verändert wird.

Auch muß davon ausgegangen werden, daß die bei Jugendlichen vorhandenen Werte und Idealvorstellungen über die künftige Familiengröße sich allgemein schon im frühen Jugendalter konstituieren und mit leicht abweichender Tendenz beibehalten werden.

Sie bleiben wahrscheinlich aber umso mehr in vollem Umfang wirksam, je mehr die Jugendlichen zur Auffassung gelangen, ihre Pläne zur künftigen Familiengröße tatsächlich verwirklichen zu können. Das erfordert,

- die vielfältigen sozialpolitischen Maßnahmen zur Förderung der Frau, der Familie, der jungen Ehe noch mehr als komplexes, einheitliches System den Jugendlichen bewußt werden zu lassen;
- den Stellenwert des Wunsches nach Kindern im Rahmen der Lebensziele Heranwachsender zu erhöhen;
- die Tatsache, daß gewünschte Kinder Faktoren des Glücks, der eigenen Persönlichkeitsentwicklung, der Lebensbereicherung und eines sinnvollen Familienlebens sind, noch deutlicher hervorzuheben;
- die Einstellung Jugendlicher zum Sinn des Familienlebens, zur Dauerhaftigkeit der Ehe und zur Gleichberechtigung der Ehepartner noch stärker zu fördern;
- die Vorteile der Familienerziehung mit Geschwisterkindern stärker zu betonen;
- die gesellschaftliche Anerkennung der Eltern mit mehreren Kindern vor allem auf der Ebene, die der unmittelbaren Erlebniswelt

- Jugendlicher zugänglich ist, zu verstärken;
- zu stark konsumorientierten Auffassungen, die einem Mehrkinderwunsch entgegenstehen, entgegenzutreten.⁶⁾

IV. Zur Freistellung nach Geburt eines zweiten oder weiteren Kindes

Obwohl zum Zeitpunkt der ersten Befragung erst 4 %, der zweiten 6 % der Jungverheirateten zwei und mehr Kinder hatten, sind sich aber die jungen Männer und die jungen Frauen in ihrem Urteil zur zeitweiligen Freistellung der Mutter ziemlich sicher. Nur durchschnittlich 5 % hatten darüber noch nicht nachgedacht.

Während des ersten Ehejahres antworteten 65 %, jetzt 69 %, daß diese Freistellung bestimmt wahrgenommen würde; weitere 21 - 24 % halten das für möglich. Lediglich 6 % würden diese Freistellung nicht in Anspruch nehmen; in erster Linie wegen vermuteter finanzieller Einbußen, in zweiter Linie wegen der befürchteten Beeinträchtigung der weiteren beruflichen Entwicklung der jungen Mutter.

Allgemein kann also davon ausgegangen werden, daß in mindestens 70 - 80 % der jungen Ehen, in denen ein zweites Kind geboren wird, mit der Inanspruchnahme der bezahlten Freistellung zu rechnen ist. Damit ist zugleich erwiesen, daß dieser Teil der neuen sozialpolitischen Maßnahmen bei den Infragekommenden eine sehr positive Resonanz ausgelöst hat.

Weitere Berechnungen ergaben: Wer fest entschlossen ist zu weiteren Kindern als ursprünglich geplant, ist umso sicherer, die bezahlte Freistellung in Anspruch zu nehmen. Wer dagegen weitere als die ursprünglichen Kinderwünsche völlig ausschließt, zieht auch kaum eine Freistellung nach dem 2. Kind in Betracht.

Leipzig, Dezember 1977

⁶⁾ Nach einer Untersuchung von SOMMER bei 3200 Jugendlichen bestätigten 34 % die Auffassung: Je besser man leben will, umso weniger Kinder schafft man sich an" (1974, S. 73)